

Rettet den Hauptmannsklub 103,5 - die größte inklusive Freizeiteinrichtung Berlins

Der Hauptmannsklub 103,5 in der Wendenschloßstraße 103-105 in Köpenick ist die größte gemeinnützige inklusive Einrichtung für Menschen mit und ohne Behinderung in Berlin, errichtet mit Hilfe einer 96-Stundenwoche des RBB, Lottomitteln und erheblichen finanziellen Mitteln des BABB e.V., dem Betreiber der Einrichtung.

Das Berliner Abendblatt formuliert das so:

„Leuchtturm der Inklusion in Gefahr“ Diese Formulierung trifft die Bedeutung dieser Einrichtung.

Gerade Menschen mit körperlichen Behinderungen können ungehindert diese Einrichtung nutzen, dass auf einer Gesamtfläche von 700 m² ebenerdig und barrierefrei (www.klub103-5.de).

Jeden Monat besuchen derzeit über 1.900 Bürger diese Klubeinrichtung, 25 % davon Menschen mit einer sichtbaren Schwerstbehinderung.

In dieser Einrichtung sieht man ganz selbstverständlich wie Menschen mit und ohne Behinderung ihre Freizeit gemeinsam gestalten.

Bei Tanzveranstaltungen sieht man tanzende Rollstuhlfahrer neben Nichtbehinderten, welche gemeinsam den Schwung der Musik genießen. Gemeinsam sitzt man bei Gesellschaftsspielen, bastelt oder nutzt die sportlichen Angebote, besucht hochwertige Kulturveranstaltungen oder nutzt das Essenangebot in der Klubeinrichtung. Im Hauptmannsklub ist Inklusion, gemeinsame gesellschaftliche Teilhabe tägliche Realität geworden.

Seit Jahren fühlt sich aber keiner verantwortlich für die finanzielle Unterstützung dieser Einrichtung, ein kleiner Verein, der BABB e.V., ist gezwungen alle Kosten selbst zu tragen. Das bedeutet eine monatliche Belastung von rund 5.000 EUR, nur für die laufenden Kosten, wie Miete und Energie.

Eine vergleichsweise geringe Summe, wenn man andere Ausgaben in dieser Stadt damit vergleicht.

Die Begründung des Bezirksamts hierzu, sie haben kein Geld dafür, die zuständigen Senatsstellen, wir haben kein Geld, dann müssten wir anderen Einrichtungen das Geld wegnehmen.

Berlin fördert und finanziert ausschließlich Segregation (übersetzt „Aussondern“ „Teilen“), so die Aussage eines Verantwortlichen der Senatsverwaltung. Es ist, wie Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung in Berlin, bei einem Gespräch im Hauptmannsklub sagte: „Berlin hat keinen Haushaltstitel für Inklusion, Inklusion gibt es nicht und wird auch nicht finanziert.“

Auf mehrere Anfragen per Mail und per Brief an den Sozial-Senator, Herrn Czaja, CDU, bekamen wir bis heute nicht einmal eine Antwort.

Eine dreistellige Millionensumme steht zur Verfügung, aber für den sozialen Bereich wird keine zusätzliche Summe zur Verfügung gestellt.

Über 345.414 Menschen mit einer Schwerstbehinderung leben in dieser Stadt Berlin und werden allein gelassen oder in Pflegeheime abgeschoben, statt ihnen die Teilhabe zu ermöglichen. Das sind 10 % der Berliner Bevölkerung.

Inklusion kostet Geld, mit anderen Bereichen macht man Geld, und nicht wenig.

Kein Geld für eine Freizeiteinrichtung, wo Inklusion für Menschen mit Behinderung bei monatlichen Besucherzahlen von rund 1.900 Menschen tägliche Realität ist, wo die volle Teilhabe der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben eine selbstverständliche tägliche Realität ist?

Jetzt steht diese Einrichtung endgültig vor dem AUS, wenn die Entscheidungsträger nicht endlich handeln.

In den Medien wird doch täglich berichtet, dass der Senat durch höhere Steuereinnahmen einen dreistelligen Millionenbetrag zur Verfügung hat.

Milliarden werden für Kriegseinsätze ausgegeben.

Eine jährliche Summe von 60.000 EUR würde ausreichen, um diese Einrichtung zu erhalten. Eine vergleichsweise sehr geringe Summe.

Wir sind heute auf die Straße gegangen, nicht als Bettsteller, sondern wir fordern die Finanzierung der größten inklusiven Freizeiteinrichtung, ein Recht, welches sich aus der UN-Rechtskonvention, gültig nach dem Gesetz, auch für Berlin, ergibt.

In dieser Einrichtung ist Inklusion, die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben tägliche Realität, gewachsen aus dem gemeinsamen Gestalten von Menschen mit und ohne Behinderung im Freizeitbereich und bei kulturellen Erlebnissen.

Diese Einrichtung muss erhalten bleiben!

Die Schließung dieser Einrichtung wäre für die Stadt ein Offenbarungseid, was die Umsetzung der UN-Konvention in Berlin betrifft.

Herr Müller, als Regierender Bürgermeister, wir fordern im Interesse der Betroffenen die Finanzierung dieser Einrichtung.

Sie sind Mitglied der SOZIAL-demokratischen Partei. Wo bleibt in der Stadt die Verantwortung für das Soziale.

Es ist nicht länger tragbar, dass ein kleiner Verein, wie der BABB e.V. für die große Stadt Berlin, die Umsetzung der Inklusion in dieser Einrichtung finanziert.

Die Schließung dieser inklusiven Einrichtung in Köpenick stellt für die Betroffenen im Sinne der UN-Rechtskonvention eine Menschenrechtsverletzung dar, denn es wird Ihnen das Recht zur gesellschaftlichen Teilhabe in dieser Einrichtung genommen (im März diesen Jahres nutzten allein 480 Betroffene mit einer sichtbaren Schwerstbehinderung diese Einrichtung).

Rettet diese Einrichtung –

Das war heute nicht unsere letzte Protestaktion, wir kommen wieder und fordern weiter unser Recht, bis wir endlich gehört werden.